



Heinz Sibilski · Schillingstraße 17 · 07407 Rudolstadt

OTZ-Redaktion
leserbrief@otz.de

per E-Mail

Rudolstadt, den 23.04.2018

Sehr geehrte Damen und Herren,
meine Lesermeinung zu dem Artikel in der OTZ vom 21.04.2018
Seite 2 – Thüringen – „Weiler fordert Ende der Ausbaubeiträge“

Mit Erstaunen habe ich den Artikel in der OTZ vom 21.04.2018 zum „Offenen Brief“ der CDU-Bundestagsabgeordneten Albert Weiler an den Thüringer Ministerpräsidenten Bodo Ramelow gelesen. Darin fordert Herr Weiler die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge in Thüringen. In der Thüringer CDU und den anderen Parteien scheint dieses Thema noch lange nicht angekommen zu sein. Auch in den zwei Jahrzehnten CDU-Regierungsführung in Thüringen war es nie Thema, die Straßenausbaubeiträge, die eine Gebühr darstellt, die gegen den Bürger gerichtet ist, abzuschaffen.

Im CSU-regierten Bayern ist man da schon weiter. Die Landtagsfraktion der CSU hat beschlossen, diese Gebühren abzuschaffen. Ich warte nun sehnlichst auf eine Antwort unserer Landesregierung auf diesen „Offenen Brief“. Aber auch die anderen, im Thüringer Parlament vertretenen Parteien, sollten zu diesem Thema klar Stellung beziehen.

Diese Straßenausbaubeiträge, die vom Eigentümer, des an die Straße angrenzenden Grundstückes erhoben werden, sind ungerecht dem Eigentümer gegenüber. Der Grundstückseigentümer soll für eine Baumaßnahme der Kommune bezahlen, die durch alle Menschen benutzt wird. Er soll für breite Fahrbahnen bezahlen, die er gar nicht braucht. Für Parkbuchten, die er nicht in Anspruch nimmt, weil er eine Garage auf seinem Grundstück nutzt, oder gar kein Auto hat. Gehwege, Fahrbahnen und Parkmöglichkeiten, die Eigentum der Kommune sind und nach den Wünschen der Kommune errichtet werden, soll die Kommune selbst bezahlen. **Es muss auch hier der Grundsatz gelten, „Eigentum verpflichtet“.**

Für Rückfragen stehe ich Ihnen gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Heinz Sibilski
Rudolstadt
parteilos

Gelb markiert: wurde nicht veröffentlicht

Hier der veröffentlichte Leserbrief durch die OTZ:

Ungerecht für Eigentümer

**Zum Beitrag „Weiler fordert
Ende der Ausbaubeiträge“
(OTZ, 21.4.2018).**

Mit Erstaunen habe ich den Artikel zum „Offenen Brief“ des CDU-Bundestagsabgeordneten Albert Weiler an den Thüringer Ministerpräsidenten Bodo Ramelow gelesen. Darin fordert Herr Weiler die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge in Thüringen. In der Thüringer CDU und den anderen Parteien scheint dieses Thema noch lange nicht angekommen zu sein. Auch in den zwei Jahrzehnten CDU-Regierungsführung in Thüringen war es nie Thema, die Straßenausbaubeiträge, die eine Gebühr darstellen, die gegen den Bürger gerichtet ist, abzuschaffen.

Im CSU-regierten Bayern ist man da schon weiter. Die Landtagsfraktion der CSU hat be-

schlossen, diese Gebühren abzuschaffen. Ich warte nun sehnlichst auf eine Antwort unserer Landesregierung auf diesen „Offenen Brief“.

Aber auch die anderen im Thüringer Parlament vertretenen Parteien sollten zu diesem Thema klar Stellung beziehen.

Diese Straßenausbaubeiträge, die vom Eigentümer des an die Straße angrenzenden Grundstückes erhoben werden, sind ungerecht dem Eigentümer gegenüber. Der Grundstückseigentümer soll für eine Baumaßnahme der Kommune bezahlen, die durch alle Menschen benutzt wird. Er soll für breite Fahrbahnen bezahlen, die er gar nicht braucht. Für Parkbuchten, die er nicht in Anspruch nimmt, weil er eine Garage auf seinem Grundstück nutzt oder gar kein Auto hat. Gehwege, Fahrbahnen und Parkmöglichkeiten, die Eigentum der Kommune sind und nach den Wünschen der Kommune errichtet werden, soll die Kommune selbst bezahlen.
(gekürzt)

**Heinz Sibilski,
Rudolstadt**

27.4.18